



GEMEINDERATSSITZUNG AM 14.06.2017

Als erster Tagesordnungspunkt wurden Themen der **Flugplatz Niederstetten GmbH** behandelt. Zunächst befasste sich der Gemeinderat mit der **Vorberatung Jahresabschluss 2016 sowie mit der Entlastung der Geschäftsführung**. Kämmerin und Geschäftsführerin Stefanie Olkus-Herrmann nannte die Eckdaten des Jahresabschlusses 2016.

Hiernach beläuft sich die Bilanzsumme auf 828.839,23 €. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände auf 20.799,68 € erhöht. Dem gegenüber beläuft sich der vorzutragende Jahresverlust, Stand 31.12.2016 auf 47.837,17 €. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr auf 25.108,47 € angestiegen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt mit rund 249.000 € werden nicht verzinst. Bei der Gewinn- und Verlustrechnung sind die sonstigen betrieblichen Erträge auf 132.213,77 € gesunken. Die Einspeisevergütung PV-Anlage fiel 3.600 € niedriger aus.

Die Abschreibungen und die betrieblichen Aufwendungen sind ebenso gesunken. Abschreibungen werden insbesondere festgesetzt für: die Betankungsfläche 9.253 €, die Flachdach Solar Photovoltaikanlage 12.118 €, die Betriebsbauten 2.568 € sowie die Kontrollturmkanzel 3.206 €. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Jahr einen kleinen Jahresgewinn in Höhe von 291,70 € erwirtschaftet. Dieses positive Ergebnis wurde ohne irgendwelche Sonderfaktoren erzielt. Der Abschluss 2016 wurde mit den genannten Eckdaten in der Fassung vom 28.04.2017 vom Gemeinderat einstimmig festgestellt. Der Jahresgewinn in Höhe von 291,70 € wird zur Tilgung des Verlustvortrages verwendet. Darüber hinaus wurde die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 entlastet. Anstatt der Vorberatung hat das Gremium den Jahresabschluss 2016 abschließend beraten, sowie auch einstimmig beschlossen.

Als Nächstes stand die **Beschlussfassung des aktualisierten Wirtschaftsplanes 2017** der Flugplatz Niederstetten GmbH auf der Tagesordnung. Die Erträge und Aufwendungen belaufen sich hier auf 140.000 €. Das Vermögensplanvolumen wird mit 77.900 € festgesetzt.

Im Erfolgsplan sind im Wesentlichen der Aufwandsposten für Reparaturen und Instandhaltungskosten, sowie Erneuerungen mit 14.500 € zu nennen. Hier sollen die beiden Zapfsäulen der Tankanlage im laufenden Wirtschaftsjahr 2017 erneuert werden.

Auf der Ertragsseite sind die niedrigeren Einspeisevergütungserträge Photovoltaikanlage mit 20.800 €, sowie die höheren Pachtzinseinnahmen für Werbeanlagen mit 40.000 € wichtigste Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die vom Gemeinderat geforderte „schwarze Null“ wurde somit beachtet und bei der Planung berücksichtigt. Frau Olkus – Herrmann informiert abschließend in ihrem Sachvortrag dahingehend, dass für die Sanierung des Flugplatzvorfeldes, für die Erneuerung der Antriebstechnik Hallentore Flugzeughalle und für die Asphaltarbeiten Taxi -Way derzeit Angebote von Firmen eingeholt werden. Sie stellt klar, dass jeder Aufwand durch Erträge (Dritter) gedeckt sein muss. Der Gemeinderat verabschiedete einstimmig diesen aktualisierten Wirtschaftsplan, der bereits am 17.05.2017 vorberaten wurde.

Geschäftsführerin Stefanie Olkus-Herrmann informierte beim nächsten Tagesordnungspunkt, das der Gesellschaftsvertrag abgeändert werden sollte.

Durch die neuen Regelungen im Zusammenhang mit der Ersatzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg und verschiedener gemeindewirtschaftsrechtlicher Bestimmungen wird dies erforderlich. Das Regierungspräsidium Stuttgart hat die Flugplatz Niederstetten GmbH bereits im November 2015 von der Prüfungserfordernis nach § 103, Abs. 1, Satz 1, Nr. 5, Buchstabe b) GemO mit der Voraussetzung befreit, dass der GPA im Gesellschaftsvertrag die erforderlichen Prüfungsrechte noch ausdrücklich eingeräumt und übertragen werden.

In diesem Zuge sollen auch verschiedene gemeindewirtschaftsrechtliche Bestimmungen noch vollständig angepasst werden. Es sind dies die verschiedenen Regelungen gemäß § 103, Abs. 1, Ziffer 5 der Gemeindeordnung (GemO). In der Praxis werden diese Bestimmungen bereits beachtet und berücksichtigt. Es handelt sich hier lediglich um die **formelle Abänderung des Gesellschaftsvertrages**. Der Gemeinderat nimmt einstimmig von dieser künftigen Abänderung des Vertrages zustimmend Kenntnis.

Als nächster Tagesordnungspunkt befasst sich der Gemeinderat mit **der Beschaffung eines Kommunalfahrzeuges für den städtischen Bauhof**. Bürgermeister Zibold nimmt Bezug auf die Beratungen im Arbeitskreis sowie im technischen Ausschuss. Hiernach muss der städtische Unimog U120, Baujahr 1985, ersetzt werden. Dahingehend wurden im Vorfeld verschiedene Fahrzeuge besichtigt und getestet. Der Unimog soll zum Beispiel im Winterdienst als auch im Sommer als Kleinfahrzeug für den Schwarztrupp eingesetzt werden. Um für den Winterdienst 2017/2018 gerüstet zu sein, sollte bereits heute das Kommunalfahrzeug bestellt werden, da dieses Fahrzeug eine Lieferzeit von ca. 5 Monaten hat. Die vorangegangenen Ergebnisse der Beratungen votieren für die Beschaffung eines „Hansa“. Der Bauhofleiter Herr Meder fasst die Vorteile vom „Hansa“ zusammen und nennt diese Faktoren für die Gremiumsmitglieder und für die Zuhörer. Insbesondere das Handling ist gut. Verschiedene andere Städte wie Rothenburg und Crailsheim haben bereits ein solches Fahrzeug und sind mit diesem zufrieden.

In der sich anschließenden Diskussion werden unter anderem die Abgaswerte angesprochen. Bei Beschaffung des Euro 6-Motors gegenüber dem Euro 5-Motor wären

dies Mehrkosten mit 10.000 €. Darüber hinaus wurde den Anwesenden erläutert, weshalb man von der Beschaffung eines Schleppers abgekommen ist. Bürgermeister Rüdiger Zibold fasst zusammen, dass sich der Arbeitskreis über ein Jahr mit diesem Thema befasst hat. Die Personen, die das Fahrzeug nutzen, sollen auch mitentscheiden.

Nach verschiedenen Meinungsäußerungen zu diesem Thema beschließt der Gemeinderat bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung die Beschaffung des Kommunalfahrzeuges „HANSA APZ 1003 L“ über die Firma Baumaschinen Wolf, Bad Mergentheim zum Angebotspreis von 133.934,50 €.

Als nächster TOP wird unter **Verschiedenes** über die **Erweiterung des Baugebietes „Beund“ in Adolzhausen** beraten. Anhand verschiedener Lagepläne zeigt Herr André Metzger vom Ingenieurbüro 3Kant, Weikersheim die künftige Erschließung des Baugebietes „Beund“ in Adolzhausen. Bezüglich der Kanalisation wird es ein Trennsystem (SW und RW) geben. Der Wendepunkt ist für das Müllfahrzeug wichtig (ein Rückwärtsfahren der Müllfahrzeuge ist nicht mehr möglich). Die Gasleitung wurde bereits durch die Netze BW provisorisch verlegt. Im Zusammenhang mit der Baugebietserschließung werden die Leerrohre für die Breitbandversorgung mitverlegt. Herr Ingenieur Metzger informiert, dass sechs Plätze erschlossen werden. Zu den Gestaltungsmöglichkeiten wird der GR zu einem späteren Zeitpunkt vor Ort beraten. Die Submission der Erschließungsarbeiten ist für den 27.06.2017 vorgesehen. Es haben bereits sieben Firmen die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen angefordert. Sobald die Preise bekannt sind, kann die Verwaltung die Kaufpreisberechnung aktualisieren.

Unter dem Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** wurde die Veröffentlichung der terminierten **Bürgerversammlung 05.07.2017** angesprochen. **Die frühzeitige Bekanntmachung dieser Veranstaltung erfolgt daher bereits an anderer Stelle in diesem Amtsblatt.**

Unter dem letzten öffentlichen Tagesordnungspunkt **Bekanntgaben** informierte Herr Bürgermeister Zibold über die in nichtöffentlicher Sitzung beschlossenen zwei **Modernisierungsvereinbarungen** Bahnhofstraße und Hauptstraße. Die Zuschüsse der Stadt belaufen sich hier auf 36.000 € bzw. 21.000 €.

Darüber hinaus gibt Bürgermeister Rüdiger Zibold bekannt, dass Herr Ramadani in der **Arztpraxis Schröder** seine Tätigkeit aufgenommen hat. Offiziell wird er die Ausbildung ab 01.07.2017 beginnen.